

Landtag von Sachsen-Anhalt
Wulf Gallert

***Rede zum Wahlkampfauftakt der Linkspartei.PDS Sachsen-Anhalt
zu den Kommunalwahlen am 22.04.07***

Liebe Genossen und Freunde,

meine Vorredner haben bereits viel über das kommunalpolitische Profil der Linkspartei und unseren Erfahrungen in Sachsen-Anhalt gesagt. Ich glaube, dass meine Vorredner Beweis genug für unsere Kompetenz in den Dörfern, Städten und Landkreisen sind und werde darauf nicht noch einmal näher eingehen.

Katrin Kunert hat bereits etwas über die bundespolitischen Zusammenhänge, die bei dieser Wahl eine Rolle spielen, etwas gesagt. Lasst mich hier jedoch, eingangs meiner Rede, noch einen Aspekt hinzufügen: Die Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt haben auch bundespolitisch insofern eine Bedeutung, als dass sie neben den Bürgerschaftswahlen in Bremen die Einzigen sind, die während der letzten Phase des Parteibildungsprozesses stattfinden. Damit wird das Ergebnis unseres Wahlkampfes auch ganz entscheidend die Motivation der Mitglieder von Linkspartei und WASG in dem oftmals schwierigen Vereinigungsprozess beeinflussen. Und Ihr wisst selbst, schwierige Aufgaben lassen sich nun mal mit einer guten Stimmung besser bewältigen als mit politischen Kopfschmerzen.

Dabei sind wir für diese Kommunalwahl gut aufgestellt. Als erste Partei in Sachsen-Anhalt haben wir im September auf unserem Landesparteitag ein kommunales Rahmenwahlprogramm beschlossen. Darin flossen vielfältige Erfahrungen unserer Kommunalpolitiker genauso ein, wie die inhaltliche programmatische Diskussion in unserem Landesverband der letzten Jahre.

In den letzten Wochen habe ich alle unsere Landratskandidaten und den OB-Kandidaten mit ihren Wahlteams vor Ort konsultiert und weiß daher, dass überall kommunale Wahlprogramme verabschiedet worden sind, die sich auf die wirklich spannenden Themen vor Ort konzentrieren und ich weiß, dass wir Kandidaten für die Ämter und kommunalen Parlamente aufgestellt haben, die diese Inhalte glaubwürdig und kompetent vertreten werden.

Mit über 600 Kandidaten kann und muss es uns gelingen, unser hervorragendes Ergebnis von 2002 zu halten und auszubauen. Wir sind in Sachsen-Anhalt genauso wie im Land, auch in den Kommunen zweitstärkste politische Kraft und unser Ziel ist es, den Abstand zur führenden CDU zu verringern.

Dies wird uns jedoch nur gelingen, wenn wir das Ziel, politische Konzepte und Ideen auch vor Ort umsetzen zu wollen, glaubwürdig machen können. Wenn wir in unserer Partei von dem strategischen Dreieck sprechen, von sozialistischer Vision, Protest und Mit- und Umgestaltung, dann sprechen wir gerade für Kommunalpolitiker von einem Spannungsverhältnis, das im täglichen Leben ziemliche Anforderungen an uns stellt. Die Reden der Bürgermeister vor mir haben dies nochmals plastisch werden lassen. Nichts desto trotz ist dieses Dreieck Voraussetzung für erfolgreiche linke Kommunalpolitik jenseits von inhaltsleerem Pragmatismus und ideologisch begründeter Realitätsverweigerung.

Liebe Genossen und Freunde, vor Euch liegt der Entwurf einer Blankenburger Erklärung, in der kurz und knapp fünf Punkte zur inhaltlichen Profilierung unseres Wahlkampfes vorgeschlagen werden. Sie sind Ergebnis der gemeinsamen Klausur von Landesvorstand und Landtagsfraktion im Januar dieses Jahres und vieler Anregungen, u. a. durch die Kreistagsfraktionsvorsitzenden. Wir wissen, dass kommunaler Wahlkampf mit kommunalen Themen geführt wird und die unterscheiden sich in den neu zu bildenden Landkreisen und dem Oberzentrum Dessau-Roßlau. Hier geht es

um Braunkohle, da um den Sitz der Kreissparkasse, dort um die Verteilung der Bereiche der Kreisverwaltung und in einem anderen Landkreis um den Namen. Unsere Kandidaten werden sich in diesen Fragen positionieren. Aber darüber hinaus treten wir auch als Linkspartei insgesamt an. Und die Menschen müssen, egal ob in Sangerhausen oder Dessau oder eben hier in Blankenburg, wissen, dass sie die Partei der Demokratischen Sozialisten wählen, wenn sie unsere Kandidaten wählen. Deswegen wollen wir in allen Kommunalwahlen, unabhängig von der konkreten Situation vor Ort, mit den Euch vorliegenden fünf Punkten landesweite Schwerpunkte in die Wahlkämpfe einbringen, die auch gegenüber dem Wähler profilbildend sein sollen.

1. Kampf für Demokratie

An den Anfang unserer Resolution haben wir den Kampf für Demokratie gestellt. Ich gebe gern zu, dass dies den einen oder anderen verwundert hat. Aber wir müssen heute leider konstatieren, dass im Jahr 2007 einfachste Grundlagen für ein demokratisches Leben in Sachsen-Anhalt keine Selbstverständlichkeiten mehr sind. Gerade in Sachsen-Anhalt sind Lebensentwürfe von 100.000en an den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen gescheitert. Und viele von denen, die sich durchaus in einer akzeptablen sozialen und ökonomischen Situation befinden, haben Angst vor dem Absturz. Die Erosion sozialer Sicherungssysteme, die permanente Unsicherheit am Arbeitsplatz, das scheinbar unkalkulierbare Auf und Ab wirtschaftlicher Entwicklung ist heute, wie in der Weimarer Republik, der Nährboden für die Entwicklung einer rechtsextremen Alltagskultur und einer sich darauf aufbauenden politischen Bewegung.

Damit wir uns nicht falsch verstehen, Arbeitslosigkeit, Existenzängste und Hartz IV führen bei weitem nicht automatisch zu rechtsextremen Einstellungen, sonst wäre nicht zu erklären, dass solche Positionen auch bei gut Verdienenden und hochqualifizierten Menschen Fuß fassen können. Aber gerade in Sachsen-Anhalt müssen wir feststellen, dass die massenhafte Enttäuschung durch das existierende politische System die Akzeptanz von

Demokratie stark beeinträchtigt hat und rechtsextreme Lösungsmuster an Attraktivität gewonnen haben.

Aber, Genossen und Freunde, die Verteidigung von Demokratie, die Verteidigung der Würde des Menschen, egal, welcher Rasse oder Nationalität er angehört, ist die erste Grundlage unseres Handelns. Ohne Demokratie kann keines der Probleme gelöst werden, vor denen wir stehen. Deswegen ist die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Einstellungen und rechtsextremen Kandidaten unsere erste Aufgabe, weil der Antifaschismus für uns Herzensangelegenheit ist und nicht Wahlkampfstrategie.

Gerade bei diesen Kommunalwahlen wird das Problem deutlich. Die NPD schickt 114 Kandidaten in 7 Landkreisen ins Rennen. Allein im Burgenland sind sie mit 55 Kandidaten vertreten. Dazu kommen noch Kandidaten der Republikaner und DVU und anderer rechter Splittergruppen, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen. Dabei gilt für uns kein Zurückweichen vor den Nazis, sie dürfen nirgends den Eindruck bekommen, dass man ihre Anwesenheit auch nur toleriert. Diese Kommunalwahl wird ein Test für die Zivilgesellschaft in Sachsen-Anhalt sein, inwiefern sie in der Lage ist, dem braunen Gedankengut ein Stopp-Zeichen zu setzen.

Oftmals werden wir dabei mit der Frage konfrontiert, ob sich das Problem nicht dadurch lösen könnte, dass man die NPD verbietet. Liebe Genossen, darüber haben Landesvorstand und LT-Fraktion intensiv beraten und sind zur Position gekommen, dass ein solcher Schritt unser Problem nicht löst. Rechtsextreme Einstellungen und Verhaltensweisen sind in unserer Gesellschaft weit verbreitet, damit müssen wir uns offensiv innerhalb und außerhalb von Wahlkämpfen auseinandersetzen. Bei einem Verbot der NPD besteht immer die Gefahr, dass man meint, das Problem erst einmal gelöst zu haben, dabei hat man die eigene Verantwortung nur an den Staat delegiert, der jedoch nicht

in der Lage ist, den Kampf um die Köpfe zu führen. Und den, liebe Genossen und Freunde, müssen wir führen, nur dann können wir ihn gewinnen.

Wir wissen alle, wie schwierig es sein wird, mit rechtsextremen Kandidaten sich im Wahlkampf auseinander zusetzen. Sie sind keine Demokraten und werden sich nicht an demokratische Spielregeln halten. Sie werden mit Saampfoten dort auftreten, wo sie sich davon Erfolg versprechen, sie werden drohend und einschüchternd agieren, wenn sie meinen, es sich erlauben zu können. Weil wir wissen, wie schwierig es manchmal in der konkreten Situation ist, sich richtig zu verhalten, haben bzw. werden wir bis zum Ende des Monats in jeder Region Schulungsmaßnahmen zu diesem Thema durchführen.

Aber, liebe Genossen und Freunde, wir wissen natürlich, dass die Auseinandersetzung mit den Rechtsextremisten, wie Petra Pau es formuliert, einen Marathon der Demokraten verlangt. Der Kampf für ein demokratisches Sachsen-Anhalt gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus ist eine ganz grundsätzliche gesellschaftliche Aufgabe. Demokratie muss erlernt und erlebt werden können. Das ist die Aufgabenstellung, die die LT-Fraktion in Verantwortung von Gudrun Tiedge zusammen mit einer Autorengruppe um Prof. Roland Roth von der FH Magdeburg, mit Unterstützung des DGB, in Angriff genommen hat. Das Ergebnis liegt heute hier auf dem Tisch. Dieses Konzept für ein demokratisches Sachsen-Anhalt soll für Euch Anregung und Unterstützung sein in der inhaltlichen Arbeit in fast allen Politikbereichen. Darin stehen keine Patentrezepte, aber wir versuchen, die Vielfältigkeit und die Dimension der Aufgabe klar und deutlich werden zu lassen, die da vor uns steht.

Wir laden als Linkspartei alle demokratischen Parteien und Organisationen ein, für diese Ziele gemeinsam einzutreten. Wer dazu bereit ist, der sei herzlich willkommen, auch dann, wenn er bei den Kommunalwahlen unser Konkurrent ist.

2. Öffentliche Daseinsvorsorge in den Kommunen

Liebe Genossen und Freunde, unmittelbar mit dem von mir gerade erläuterten Kampf für Demokratie hängt der 2. Punkt unserer Resolution zusammen. Anders als bei diesem Punkt werden wir uns jedoch in der Frage der öffentlichen Daseinsvorsorge vor allem mit CDU und SPD auseinandersetzen.

Oft wird heute schon die bange Frage gestellt, wie viele Menschen denn am 22. April 2007 überhaupt zur Wahl gehen werden. Die letzten Wahlbeteiligungen in Sachsen-Anhalt, auch zu Kommunalwahlen, waren erschreckend. Deswegen muss die Frage gestellt werden, warum immer mehr Wähler, insbesondere bei Kommunalwahlen, zu Hause bleiben. Natürlich gibt es auch politisches Desinteresse. Aber es ist schlichtweg falsch, zu glauben, dass 70 Prozent der Menschen in Sachsen-Anhalt kein Interesse an kommunalen Entscheidungen haben. Das Problem besteht vielmehr darin, dass die Bürger in diesem Land sehr genau wissen, wie knapp kommunalpolitische Entscheidungsspielräume geworden sind. Fast immer gibt es dafür einen Grund. Fehlendes Geld in der Kasse bzw. fehlende materielle Ressourcen.

Dieses Problem der Krise aller öffentlichen Kassen auf Grund einer verfehlten Steuerpolitik, hat im Jahr 2007 eine neue Zuspitzung erfahren. Gerade jetzt, wo sich seit langer Zeit das Steueraufkommen wieder etwas erholt und Mehreinnahmen der öffentlichen Hand zu Gute kommen, werden die Kommunen von dieser Entwicklung abgeschnitten. Die Koalition von CDU und SPD hat die gesamten Mehreinnahmen, die den Kommunen in Höhe von 164 Mio. Euro zugestanden hätten, für die Landeskasse vereinnahmt. Herr Böhmer und Herr Bullerjahn werden nicht müde, sich für die dadurch mögliche Absenkung der Neuverschuldung der Landeskasse zu loben und loben zu lassen.

In den Gemeinden und Landkreisen hat dies jedoch verheerende Auswirkungen. In der Landeshauptstadt wird dadurch der

Konsolidierungszeitraum mal schnell um 10 Jahre verlängert. Die Kommunalaufsicht des Landes macht klar, was das bedeutet. Die Stadt Magdeburg darf nur noch Rechtsverpflichtungen finanzieren, Aufgaben, die unabweisbar sind und Investitionen mit einem Eigenanteil von maximal 30 Prozent. Das, liebe Genossen und Freunde, heißt Konsolidierung kommunaler Haushalte. Und nun entsteht die Frage, wozu braucht man in Magdeburg eigentlich noch einen OB und einen Stadtrat? Eine politische Willensbildung findet so nicht mehr statt, unterschiedliche Konzepte machen keinen Sinn mehr. Letztlich fragt man sich, warum dann ein Stadtrat noch gewählt werden muss.

Aber diese Frage stellt sich in der Koalition von CDU und SPD offensichtlich niemand mehr. Man freut sich über die Zahlen und die Einschätzung von Benchmarking-Instituten, man erzählt, dass man Spielräume für die Zukunft erarbeiten will und beseitigt mit diesem Argument jetzt die Voraussetzungen für die öffentliche Daseinsvorsorge in den Kommunen. Selbst bei den meisten Kommunalpolitikern von CDU und SPD finden diese Argumente jedoch kein Gehör. Aber was bewirkt der Aufstand der SPD-Oberbürgermeister? Ihre Spitzenrunde am letzten Dienstag beim MP Böhmer hatte offensichtlich den Charakter einer fröhlichen Kaffeerunde. Das Ergebnis ist gleich null. Gemäß der alten Sozialarbeiterlosung „schön, dass wir mal darüber geredet haben“, wird die Ursachen des Problems verschweigen.

Deshalb haben die Fraktionsvorsitzenden der drei kreisfreien Städte, Ralf Schönemann für Dessau, Bodo Meerheim für Halle und Hans-Werner Brüning für Magdeburg zusammen mit mir eine Erklärung erarbeitet, in der wir die Landesregierung auffordern, für eine verfassungskonforme Finanzausstattung der Kommunen zu sorgen und den Oberbürgermeistern eine Koalition gegen die kommunalfeindliche Haushaltspolitik der Landesregierung anzubieten. Wir werden sehen, wie ernst die SPD-Oberbürgermeister ihren Protest wirklich nehmen oder ob das Ganze nur mal wieder ein Sturm im Wasserglas war.

Liebe Genossen und Freunde, es gibt jedoch ein Wort, das die Regierungsparteien auf jeden Fall verstehen. Und dieses Wort heißt Wahniederlage. Das finanzielle Austrocknen der Kommunen durch diese Landesregierung wird erst dadurch gestoppt werden, dass CDU und SPD ihre Quittung am 22. April 2007 durch den Wähler bekommen. Nur durch einen Wahlsieg der Linkspartei werden die Damen und Herren in Koalition und Landesregierung wach werden und ihr Programm stoppen. Deswegen ist jede Stimme für die Linkspartei am 22. April 2007 eine Stimme für die öffentliche Daseinsvorsorge in den Kommunen.

Nun wird uns im Wahlkampf wieder das Argument entgegenschlagen, dass das Land selbst hoch verschuldet ist und die finanzielle Situation keine Alternative zulässt. In einem gewissen Maße stimmt das auch. Das Land Sachsen-Anhalt ist hoch verschuldet, aber seine Kommunen sind es auch und die Konsolidierung des einen auf Kosten des anderen verbietet sich daher. Selbst im Koalitionsvertrag steht, dass man zuerst die Verfassungskonformität der Finanzausstattungen prüfen möchte, bevor man eine Änderung der Kommunalfinanzierung in Angriff nimmt. Bei der Haushaltsverhandlung ist die Koalition jedoch von einer kollektiven Amnesie befallen. Sie haben zur Zeit nicht übermäßig viel gemeinsam, aber da waren sie sich schon einig. Wir fordern, dass eine Änderung der kommunalen Finanzen erst dann eingeleitet werden kann, wenn die Landesregierung den Nachweis erbringt, dass den Kommunen genug Spielraum zur Ausübung ihrer Selbstverwaltung bleibt. Das ist weniger als viele von uns sich wünschen würden, trägt aber der realen Situation Rechnung, in der wir uns befinden und verlangt zumindest, die Kürzungen des Haushaltsjahres 2007 rückgängig zu machen.

Darüber hinaus verlangen wir von CDU und SPD in Sachsen-Anhalt, sich der Unternehmenssteuerreform des Bundes zu widersetzen. Zur Zeit steht zu befürchten, dass dieselbe Landesregierung gegenüber den Kommunen auf die eigenen leeren Taschen verweist, im Bundesrat einer Unternehmenssteuerreform zustimmt, die den öffentlichen Kassen 8 Mrd. Euro

entzieht. Dies bedeutet allein für die Menschen in Sachsen-Anhalt eine Reduzierung der öffentlichen Ausgaben von Bund, Land und Kommunen in Höhe von rund 250 Mio. Euro. Aber, liebe Genossen und Freunde, wer von uns zweifelt ernsthaft daran, dass diese Landesregierung, die vor Ort als Radikalsanierer tätig wird, im Bundesrat wieder brav die Hand hebt, wenn Geld an Unternehmen verschenkt wird? Auch deshalb brauchen wir am 22. April 2007 einen Wahlerfolg der Linkspartei, weil nur diese Sprache CDU und SPD in Magdeburg verstehen.

Die Sicherung materieller Ressourcen in den Kommunen für die öffentliche Daseinsvorsorge betrifft jedoch nicht nur die finanzielle Situation. Dazu gehört auch Eigentum und Verfügungsgewalt über Wohnungen, Krankenhäuser, Stadtwerke und Dienstleistungseinrichtungen. Oftmals erscheint der Verkauf kommunalen Eigentums als einziger Ausweg aus einer desaströsen Finanzsituation. Man erhofft sich kurzfristige Einnahmen oder die Auslagerung eines längerfristigen Risikos, einem Argument, das oft mit Krankenhausveräußerungen verwendet wird. Vor dem Hintergrund der uns bekannten Rahmenbedingungen sind solche Entscheidungen auch für Kommunalpolitiker der Linkspartei nicht einfach. Deshalb sollten wir uns auch hier vor allzu einfachen Losungen hüten. Kindereinrichtungen in freier Trägerschaft können durchaus eine Bereicherung sein, wenn die Kommune noch in der Lage ist, Lenkungs- und Steuerungsfunktionen zu übernehmen. Teilverkäufe von Wohnungsbeständen können im Interesse der notwendigen Sanierungen anderer kommunaler Wohnungen mitunter unumgänglich sein. Aber die Veräußerung der Substanz kommunalen Eigentums, wie u. a. beim Dresdener Wohnungsverkauf, wird von uns abgelehnt. Durch solche Veräußerung verliert die Kommune langfristig die Möglichkeit, öffentliche Daseinsvorsorge zu gewährleisten. **Gemeinden und Kreise sind nicht mehr in der Lage, die Existenzgrundlagen der Gemeinschaft vorzuhalten und sind den Marktkonditionen schutz- und oft hilflos ausgeliefert. Deswegen streitet die Linkspartei gemeinsam mit der WASG auch unter widrigen Bedingungen dafür, dass das, was alle brauchen, auch öffentlich bleibt.**

Wir haben mit dieser Position inzwischen deutlich bessere Chancen als noch vor einigen Jahren auf dem Höhepunkt neoliberaler Privatisierungsideologie. Allein das Bürgerbegehren im Ohrekreis mit 10.800 Unterschriften gegen den Verkauf des kommunalen Krankenhauses zeigt dies deutlich.

Umso verheerender muten dann solche Auflagen des CDU-geführten Landesverwaltungsamtes an, wie die, wonach die Stadt Halle ihren kommunalen Wohnungsbestand verkaufen soll, um ihr aufgelaufenes Defizit zu tilgen. Haben denn die Herren im Landesverwaltungsamt und im SPD-geführten Innenministerium immer noch nichts dazugelernt? Was soll das ganze Gerede von Spielräumen in der Zukunft, wenn man den Kommunen auferlegt, die Basis dafür zu verkaufen? Auch deshalb brauchen wir am 22. April einen Wahlsieg der Linkspartei, um diesen Widersinn zu stoppen.

Daneben gibt es eine dritte Säule der öffentlichen Daseinsvorsorge in den Kommunen, die nach wie vor gefährdet ist. Dabei geht es um kommunale Unternehmen, die für viele Gemeinden die einzige Chance bieten, Teile der Daseinsvorsorge in Zeiten der Haushaltskonsolidierung vorzuhalten. Nach wie vor sind die diskriminierenden Regeln aus der letzten Legislaturperiode in Kraft, nachdem es einen nur ideologisch begründeten Vorrang für private Unternehmen gibt. Auch die Koalition von CDU und SPD will in dieser Legislaturperiode daran nichts ändern. Die Linkspartei tritt jedoch konsequent für den Erhalt dieses öffentlich kontrollierten Wirtschaftsbereiches ein. Deswegen haben wir einen entsprechenden Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht. Mindestens genauso wichtig ist jedoch die Schaffung von Spielräumen für kommunale Unternehmen durch unsere kommunalen Amtsträger. Es gibt eine Reihe interessanter Beispiele, wie man vor Ort dem Gesetzgeber hier ein Schnippchen geschlagen hat. Auch deshalb ist ein Erfolg der Linkspartei im Interesse des Erhalts kommunaler Unternehmen wichtig.

3. Bürgernahe kommunale Strukturen

Liebe Genossen und Freunde, ich habe schon eine Menge über den Zusammenhang von Demokratie und kommunaler Selbstverwaltung gesagt. Dieses Thema ist jedoch noch einmal Schwerpunkt im Punkt 3 der Euch vorgelegten Erklärung. Hier gibt es zur Zeit zwei entscheidende Probleme. Zum einen führt die inkonsequente Kreisgebietsreform dazu, dass die von uns beabsichtigte Zweistufigkeit der Verwaltung, also die Übertragung der Aufgaben der Landesbehörden unterhalb der Ministerien auf die Landkreise, nicht umgesetzt wird. Daraus folgt, dass die Kreise zwar größer werden, aber kaum mehr Kompetenzen bekommen. Wir wissen aber auch, dass genau dieses Problem am 22. April nicht zur Abstimmung steht. Deswegen bleibt uns auf Landesebene nur, die Chancen auszuloten, die es für eine Funktionalreform unter diesen Bedingungen geben kann. Es gibt allerdings einen Landkreis, der mit dieser Kreisgebietsreform gebildet wird, der annähernd den Umfang eines Regionalkreises erreicht. Zufälligerweise befinden wir uns gerade darin. Wir werden uns dafür einsetzen, dass der Harzkreis zur Modellregion für die Übernahme von Landesaufgaben entwickelt wird und nicht, wie es jetzt ist, derjenige sein wird, in dem nun auch noch zum Dank die meisten Landesbehörden geschlossen werden.

Eine viel größere Bedeutung für viele kommunalpolitisch Aktive hat jedoch zur Zeit eine andere Strukturdiskussion. Wir werden zur Zeit Zeugen eines einzigartigen Trauerspiels der Koalition von CDU und SPD in der Frage um die zwangsweise Einführung von Einheitsgemeinden. Spätestens seit dem letzten Wochenende, an dem der MP der SPD Politbürodemokratie vorgeworfen hat, dürfte jedem klar sein, dass die inhaltlichen Schnittmengen in dieser Koalition weitgehend verbraucht sind. Wie Ihr Euch vorstellen könnt, hält sich vor allem mein Mitleid mit den SPD-Genossen trotzdem in ganz engen Grenzen.

Entscheidend ist doch vielmehr, auf welche gemeindlichen Strukturen die Menschen sich einrichten wollen und können. Unsere Position ist da eindeutig. Sie ist in Wittenberg im Sommer 2005 noch einmal bekräftigt worden. Wir sind für die Bildung von Einheitsgemeinden, wenn die Beteiligten das wollen, wir

sind für ein gleichberechtigtes Modell von Verwaltungsgemeinschaften, in denen es eine begrenzte Zahl von Mitgliedsgemeinden gibt und in der überörtliche Aufgaben freiwillig auf die Gemeinschaft übertragen werden. Für diese beiden Modelle und ihre Wahlfreiheit haben wir bisher gestritten und wir werden es auch im Wahlkampf tun. Wir sind hier klar in unserer Aussage und ehrlich gegenüber dem Wähler.

Gerade in letzter Zeit ist uns in diesem Zusammenhang verstärkt mit auf den Weg gegeben worden, dass die Gemeinderäte in kleinen Gemeinden oftmals die letzten Institutionen des zivilgesellschaftlichen Lebens sind. Und oftmals wird diese Position mit der These verbunden, dass im Falle einer Zwangseingemeindung nur noch das politische Angebot der Rechtsextremen existiert. Nun, liebe Genossen und Freunde, ich glaube, so einfach ist der Zusammenhang nicht. Auch die Ortschaftsverfassung in Einheitsgemeinden lässt politisches Engagement zu, aber wir haben einfach zu akzeptieren, dass dies nur funktioniert, wenn dieses Angebot von den Bürgern vor Ort auch angenommen wird. Wenn nicht, droht eben wirklich der Rückzug der Demokratie. Vor diesem Hintergrund bekommt unsere Position, dass die Modelle vor Ort gewählt werden sollen, noch einmal einen anderen Stellenwert.

Das Problem der SPD ist, dass sie die kommunale Verwaltung primär aus der Sicht betriebswirtschaftlicher Rechnungsführung, nicht des demokratischen Willensbildungsprozesses, sieht. Die CDU dagegen ist wie immer strukturkonservativ, aber im Interesse des Machterhaltes in diesem einzigen Punkt auf die SPD zugegangen und hat sich im Koalitionsvertrag den Einheitsgemeinden verschrieben. Was jetzt von der CDU jedoch veranstaltet wird, ist ein Trauerspiel hart an der Grenze zur Groteske. Zur Zeit argumentiert die CDU, dass man für die flächendeckende Einführung der Einheitsgemeinde sei, aber auch gleichzeitig dagegen und das man ja bei der Einheitsgemeinde auch ein Modell wählen könnte, bei der es selbstständige Gemeinden in der Einheitsgemeinde gäbe. Dies ist einfach absurd. Stellt Euch einmal vor, ein

Stadtrat beschließt, auf einer Straße Autos zu verbieten und nur noch Radfahrer zuzulassen. Der Bürgermeister gibt dann eine Verordnung heraus, dass die Straße nur noch für Radfahrer zugelassen ist, es gibt jetzt aber einen Typ Radfahrer und der fährt mit dem Auto.

Ja, Genossen, die SPD hat in dieser Frage eine Position allerdings eine falsche. Die CDU dagegen verspricht jedem alles genau bis zum 22. April. Wer die Bürger in dieser Art und Weise in die Irre führt, ist schlichtweg unwählbar geworden. Wir dürfen der CDU ein solches Verhalten nicht schenken.

Liebe Genossen und Freunde, in den letzten Tagen bin ich bereits gefragt worden, ob diese Koalition von CDU und SPD bereits ihrem Ende entgegengeht. Die öffentlichen Rivalitäten bei der Gebietsreform, die Unfähigkeit, den vielgepriesenen Bildungskonvent zu starten, selbst solche vermeintlich kleinen Probleme, wie ein Kampfhundegesetz eskalieren zur Krise. Nun hat man erst einmal beschlossen, dass die Koalition im Landtag aufhört, zu arbeiten, bis die Regierung mal was beschließt. Durchaus möglich, dass in der nächsten Woche sich die Probleme zuspitzen. Aber all das ist nicht wirklich neu. Diese Koalition ist vor knapp einem Jahr aus machtpolitischem Kalkül gebildet worden und hat keine gemeinsame inhaltliche Basis. **Die SPD hat sich der CDU schon zu Beginn des letzten Jahres im Wahlkampf ausgeliefert und fängt jetzt an, deshalb Kopfschmerzen zu bekommen. Sicherlich ist diese Koalition inhaltsleer und moralisch verschlissen, ihr machtpolitischer Kitt bleibt trotzdem erhalten.**

Gerade deshalb kann jedoch jede Änderung der Gemeindestrukturen unter dieser Koalition nur ins Chaos führen. Zu einer vernünftigen Neuordnung der Gemeinden als auch zum Umbau der Landesverwaltung ist diese Landesregierung nicht in der Lage, und unser Ziel wird darin bestehen, die Gemeindestrukturen vor dieser Regierung zu schützen.

Nur die Linkspartei steht klar und deutlich für die gleichberechtigte Existenz von Einheitsgemeinden und Verwaltungsgemeinschaften. Wer das will, der muss uns wählen.

4. Familienfreundliche Kommunen

Die niedrige Zahl von Geburten, die Abwanderung junger Menschen, insbesondere von Frauen, ist für viele in Sachsen-Anhalt längst bedrückende Realität geworden. In den kommunalen Parlamenten muss man seit langem die Folgen dieser Entwicklung umsetzen. Eines der strittigsten Themen war und ist dabei die Schulentwicklungsplanung. Jede Schließung eines Schulstandortes bedeutet den Verlust sozialer und kultureller Substanz. Gleichzeitig benötigt eine Schule mit hoher Qualität eine gewisse Zahl an Schülern und auch der effektive Einsatz von Lehrern kann nur in Schulen organisiert werden, die eine gewisse Mindestgröße haben. Dabei wird das objektive Problem der geringen Schülerzahl noch maßgeblich durch das gegliederte Schulsystem verschärft. Jedem dürfte klar sein, dass das Vorhalten von zwei getrennten Schulformen nicht nur pädagogisch und sozial schädlich ist, sondern auch das Problem der Schulstandorte maßgeblich verschärft.

Gerade unsere Kommunalpolitiker müssen jedoch mit einer unflexiblen landesrechtlichen Regelung von Schulgrößen und dem Dilemma des gegliederten Schulsystems vor Ort klar kommen. Dabei ist es unser Ziel, die jetzt existierenden Schulstandorte weitgehend zu sichern und dafür entsprechend kommunalpolitisch aktiv zu werden.

Genauso im Fokus unserer kommunalpolitischen Tätigkeit steht jedoch die soziale Situation der Kinder in Sachsen-Anhalt. Massenarbeitslosigkeit, Hartz IV und Niedriglöhne haben das Problem der Kinderarmut in den letzten Jahren verschärft. Knapp 30 Prozent aller Kinder wachsen in Familien auf, die von Hartz IV betroffen sind. Es ist damit die Altersgruppe, die in unserer Gesellschaft am stärksten von Armut betroffen ist. Natürlich wissen wir, dass dafür vor allem bundesgesetzliche und landesrechtliche Regelungen verantwortlich sind. Deswegen kämpfen wir beispielsweise in Sachsen-Anhalt nach wie vor dafür, dass Kinder Rechtsanspruch auf einen

Kindertagesstättenplatz haben, unabhängig davon, ob ihre Eltern arbeiten oder nicht. Kindertagesstätten sind Orte der Bildung, nicht der Aufbewahrung. Wer hier differenziert, nimmt Kindern von Arbeitslosen schon von Anfang an die Möglichkeit, sich gleichberechtigt zu entwickeln. Für die Kommunen haben wir darüber hinaus zwei Projekte entwickelt. Zum einen den kommunalen Familienpass, mit dem durch eine Anschub- bzw. Mitfinanzierung der Landkreise und der Beteiligung privater Anbieter die Möglichkeit eingeräumt werden soll, dass Familien soziale und kulturelle Angebote günstig nutzen können.

Daneben schlagen wir vor, Fördermittel, die zur Zeit direkt beim Land beantragt werden müssen, im sozialen Bereich ähnlich wie die Jugendpauschale, an die Kreise auszureichen. Dadurch erhöht sich der Spielraum der kommunalen Abgeordneten und sie sind besser in der Lage, auf die Bedingungen vor Ort einzugehen.

5. Bürgerarbeit mit Mindestlohn

Gerade bei den Kommunalwahlen ist es ungeheuer schwierig, Menschen an die Wahlurne zu bringen, die ins soziale Abseits gedrängt worden sind, die von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind und für sich selbst keine Perspektive mehr erkennen. Wir mussten oftmals die Erfahrung machen, dass uns die Menschen gesagt haben, was sollt Ihr für mich in der Kommune schon tun können und nicht selten können wir ihnen keine überzeugende Antwort geben. Nicht, weil wir ihre Situation nicht verstehen, sondern weil uns der kommunale Handlungsspielraum fehlt. Auch gerade dieser Gruppe müssen wir Projekte anbieten, die sowohl realisierbar sind, als auch ihre Situation spürbar verbessern.

Vor diesem Hintergrund haben wir uns im Landesvorstand und LT-Fraktion ausführlich mit dem Projekt Bürgerarbeit auseinandergesetzt. Dies von der Landesregierung in Angriff genommene Modell hat viele Diskussionen ausgelöst und viel Interesse hervorgerufen. Auch für uns ist Bürgerarbeit

interessant. Zum einen wird dadurch anerkannt, dass der erste Arbeitsmarkt selbst in Phasen von Wachstum, nicht in der Lage ist, das Arbeitsmarktproblem zu lösen, zum anderen akzeptiert eine CDU-geführte Landesregierung letztlich unsere These von der Notwendigkeit des öffentlich geförderten Beschäftigungssektors. Und wir haben zu registrieren, dass viele Hartz IV-Betroffene bereit sind, faktisch unentgeltlich zu arbeiten, nur um wieder arbeiten zu können, wieder das Gefühl zu haben, in der Gesellschaft gebraucht zu werden.

Aus all diesen Gründen verbietet es sich für uns, diese Bürgerarbeit als neoliberales Machwerk zu verurteilen, aber natürlich wissen wir um die substanziellen Schwächen dieses Modells. Bürgerarbeit ist Billigarbeit. Unsere Position aber heißt, von Arbeit soll man in Würde leben können, auch von Bürgerarbeit. Das bedeutet, dass Bürgerarbeit nur mit Mindestlohn angeboten werden soll. Nur dann ist auch zu gewährleisten, dass Bürgerarbeit nicht sinnlose Beschäftigungstherapie beinhaltet wie viele Ein-Euro-Jobs.

Das jetzige Modell hat außerdem den großen Fehler, dass es den Menschen in der Hartz IV-Falle belässt. Wer jetzt Bürgerarbeit macht, ist nicht arbeitslosenversichert. Das bedeutet, dass Bürgerarbeit mit Hartz IV beginnt und mit Hartz IV endet. Wir brauchen aber Bürgerarbeit statt Hartz IV und nicht in Hartz IV. Deswegen fordern wir vollwertige Arbeitsverträge für die Bürgerarbeit, weil es sich um vollwertige Arbeit handelt. Ähnlich wie im Berliner Koalitionsvertrag wollen wir darüber hinaus eine längerfristige Einrichtung von Bürgerarbeit und eine Beschränkung auf gemeinnützige Projekte. Natürlich darf Bürgerarbeit Arbeitsplätze vom ersten Arbeitsmarkt nicht verdrängen, auch in diesem Bereich nicht.

Wir wissen, dass all diese Rahmenbedingungen nicht ausschließlich im kommunalen Entscheidungsspielraum liegen. Wir werden auf Bundes- und Landesebene mit daran arbeiten, diese herbeizuführen. Die entscheidende Ebene für Bürgerarbeit nach unseren Vorstellungen ist jedoch der Landkreis

sowie die kreisfreie Stadt. Deswegen ist es nicht egal, ob es demnächst einen CDU-Landrat oder eine Landrätin der Linkspartei oder einen Landrat der WASG gibt. Deswegen ist es nicht egal, ob CDU und FDP in den Kreistagen eine Mehrheit haben oder wir deutlich stärker werden. Trotzdem wir wissen, dass wir mit Bürgerarbeit bei weitem nicht alle berechtigten Interessen der Menschen, die von Harzt IV betroffen sind, umsetzen können, so ist das von mir erläuterte Modell doch in der Lage, diesen Menschen wieder neue Hoffnung zu geben, etwas, was man ihnen zu oft genommen hat, etwas, woran sie häufig nicht mehr glauben.

Liebe Genossen und Freunde, die von mir erläuterten fünf Punkte werden nur ein Ausschnitt unseres Kommunalwahlkampfes sein. Aber sie sind in der Lage, uns landesweit Profil und Gesicht zu geben. Sie sollen Euren Wahlkampf vor Ort unterstützen und sie sollen klar machen, dass wir in Land und Kommunen mit einer Stimme sprechen.

CDU und SPD haben durch eigene Fehler das Feld für uns bereitet. Sie nehmen den Kommunen ihre Substanz, sie treffen falsche Strukturentscheidungen und sie sind als Koalition und in sich selbst zerstritten. Günstigere Bedingungen für unseren Wahlkampf hatten wir lange nicht. Jetzt müssen wir die Aufgabe selbst bei den Hörnern packen und einen Wahlsieg organisieren. Wir kämpfen um jede einzelne Wählerstimme für die Linkspartei, denn sie ist eine Stimme für die Demokratie, für öffentliche Daseinsvorsorge und für die Zukunftsfähigkeit der Kommunen in Sachsen-Anhalt.